

„Fachjournalisten sind anders bedroht“

Interview mit Andreas Speit, 17.02.2020

Kasten: Andreas Speit ist Experte für Rechtsextremismus und Fachjournalist zum Themengebiet. Er veröffentlicht vor allem bei der taz. Für seine Publikationen erhielt Speit zahlreiche Preise, darunter etwa 2007 die Auszeichnung zum „Lokaljournalist des Jahres“ und den Journalisten-Sonderpreis "TON ANGEBEN" im Jahr 2012.

ECPMF: Sie sind ja schon lange Fachjournalist für Rechtsextremismus – wie gefährdet sind Journalisten derzeit durch die Angriffe und Bedrohungen?

ANDREAS SPEIT: In den letzten Jahren mussten wir erleben, dass Hass und Hetze nicht nur im Internet gestiegen ist, sondern dass die angeheizte Stimmung auch bei der Recherche sehr massiv spürbar war. Die Hemmschwelle ist gesunken, das machte sich schon bemerkbar, wenn wir bei rechtsextremen Aufmärschen auf der Straße direkt bedroht werden. Oder, das wir erleben mussten, dass Kamerakollegen und -kolleginnen aufpassen mussten, dass ihnen nicht auf die Kamera geschlagen wird. Dieses Verhalten erlebe ich nicht nur bei rechtsextremen Aufmärschen, sondern auch bei vermeintlich rechtspopulistischen Aktivitäten. Sei es im Rahmen von AfD-Parteitagungen oder sei es einfach von Pegida-ähnlichen Projekten.

ECPMF: Worauf führen Sie diese Verschärfung zurück?

ANDREAS SPEIT: Ich befürchte, dass dort mehrere Prozesse ineinandergreifen. Das eine ist, dass wir mit dem Rechtsruck in der Mitte der Gesellschaft erleben, dass die rechten Ränder, wenn man die denn Ränder nennen möchte, glauben sich mehr herausnehmen zu dürfen. Sie fühlen sich politisch bestärkt und das macht sich auch in der Militanz bemerkbar. Des Weiteren fühlen sie sich durch die Wahlergebnisse der AfD bestärkt. Beides bedingt sich gegenseitig. Das bedingt sich aber auch aus der Szene selbst heraus. Dort gibt es die Idee des vermeintlich großen Austausches - dass die Eliten in Medien, Wirtschaft und Politik daran arbeiten würden, die ureigene Bevölkerung auszutauschen. Sie sehen hier gerade jetzt die biologische Substanz des Volkes bedroht. Darum haben sie so einen enorm starken Handlungsdruck, der sich in der gesamten rechten Szene bemerkbar macht. Ich befürchte, dass diese drei Ebenen zu einer Radikalisierung führen: die Mitte der Gesellschaft hat sich

verschoben, die Wahlerfolge bestärken, und dann existiert gleichzeitig der Wahn, das deutsche Volk, die europäische weiße Rasse, könnte dar niedergehen.

ECPMF: Verstehe ich Sie da richtig, dass die Journalisten dann in der Szene auch als ganz klarer Teil der Eliten wahrgenommen werden und so zum Feindbild werden? Ist das Ihre Wahrnehmung, oder sehen Sie das noch ein bisschen differenzierter?

ANDREAS SPEIT: Nein, leider nicht. ‚Die Medien‘ werden tatsächlich als Teil der Elite wahrgenommen oder als Teil des Establishments. Meistens dann eben in den Worten von Jörg Meuthen, dem AfD-Bundessprecher, des „68-rot-grün-versifften Milieus“. Und genau diese Anfeindung habe ich in unterschiedlichster Weise immer wieder erleben dürfen. Sei es bei NPD-Veranstaltungen über die Jahre, oder sei es heute bei der AfD. Bei der AfD erleben wir auch mittlerweile eine andere Form von Anfeindung. Nämlich in der Gestalt, dass beispielsweise die Partei schon sehr früh angefangen hat, einzelne Journalistinnen und Journalisten auf ihren Parteitag nicht zuzulassen, beziehungsweise sie gar nicht mehr ankündigten. Mit der letzten Methode entzieht sich sie gänzlich der Öffentlichkeit, was für eine demokratische Partei unüblich ist. Das kannten wir früher nur von der NPD oder anderen rechtsextremen Parteien.

ECPMF: Diese verschärften Angriffe, Anfeindungen, trifft das Ihrer Meinung nach auf alle Journalisten und Journalistinnen zu in Deutschland? Oder sind da zum Beispiel Fachjournalisten und Lokaljournalisten stärker gefährdet? Sehen Sie da eine Differenzierung als sinnvoll an?

ANDREAS SPEIT: Ja, es gibt eine Differenzierung. Und da sollten wir vielleicht auch nochmal voranstellen, dass natürlich sowieso Journalistinnen und Journalisten – ich sage jetzt ein komisches Wort oder ein unschönes Wort – in einer privilegierten Bedrohungssituation sind. Wir suchen uns das beruflich aus. Andere Menschen, die nicht in das Weltbild einer rechtsextremen Person passen, oder einer rechtspopulistischen Person, werden ganz anders alltäglich angefeindet, sind ganz anders alltäglichen Bedrohungen ausgesetzt als Journalistinnen und Journalisten. Bei Journalistinnen und Journalisten ist die Differenzierung trotzdem enorm hilfreich, weil man auch ein bisschen vor Panikmache, das sage ich jetzt mal ein bisschen salopp, warnen sollte. Nicht jeder, der mal über Rechtsextremismus oder Rechtspopulismus berichtet, rückt sofort ins Visier dieser Szene. Sie wollen ja eine mediale Resonanz, sie wollen ja wahrgenommen werden. Und da gilt eben auch, schlechte Presse ist für sie auch gute Presse, weil sie eben in der Presse sind. Aber wir erleben, dass Fachjournalisten und -journalistinnen sehr massiv angegangen werden, auch schon seit Jahren. Man versucht deren Arbeit zu behindern. Weil diesem Milieu

natürlich auch aufgefallen ist, dass beispielsweise Fachexperten und Expertinnen sehr gut wahrnehmen können, ach guck mal, bei dem Aufmarsch ist jetzt der mit dem, ach vor zwei Monaten war das noch ganz anders. Ach auf dem Parteitag sind jetzt die mit dem zusammen, trinken da und dort Kaffee. Wir können das dann natürlich anders einordnen, weil wir die Szene länger beobachtet haben. Als wenn jemand mal „reinfliegt“ in das Thema und mal schnell berichten muss. Das heißt, Fachjournalistinnen und -journalisten sind deswegen anders bedroht. Und das trifft in einer anderen Form auch für Lokalredakteurinnen und Redakteure zu. Weil dort die Hemmschwelle eine andere ist, da man sich dort kennt und täglich sieht. Wir haben schon seit längerem die Erfahrung gemacht, dass es ab und an dann Kollegen und Kolleginnen aus dem ländlichen Bereich gibt, die dann beispielsweise sich melden und sagen, wir haben hier eine gute Geschichte, aber nachher sitzen die bei mir im Garten bei der nächsten Grillparty. Und dann bitten sie darum, dass wir die Geschichte aufgreifen, damit es Thema wird, aber sie aus der Schusslinie sind.

ECPMF: Also es gibt jetzt einen strategischeren Umgang?

ANDREAS SPEIT: Ja. Wir denken bei Bedrohung wahrscheinlich immer an psychische Gewalt oder verbalen Beschimpfungen. Was meiner Meinung nach aber auch enorm zugenommen hat, ist eine ganz andere Form von Bedrohung. Nämlich die Form, dass sofort juristische Konsequenzen angedroht werden. Das ist interessanterweise sehr massiv aus dem AfD-Umfeld passiert. So haben wir beispielsweise Parteimitglieder mit Fakten konfrontiert und um eine Stellungnahme gebeten. Doch statt des Statements kam ein mehrseitige Anwaltsschreiben, das dann gleich an die Redaktion ging, an die Chefredaktion usw. Wo der Tenor war: Wenn Sie berichten, werden wir Sie in Grund und Boden klagen. Und da haben wir schon die Erfahrung gemacht, dass größere Medien dann nicht berichten.

ECPMF: Aha. Mit größeren Medien meinen Sie jetzt Regionalzeitungen oder auch überregionale Medien?

ANDREAS SPEIT: Nein, öffentlich-rechtliche Sender. Ich arbeite ja tages-journalistisch vor allem für die taz, und die taz hat es als einzige gebracht. Und das ist ein Phänomen, wo man eigentlich denken würde, Mensch, da müssten doch gerade die, sage ich jetzt mal, die finanzstärkeren und auch juristisch breiter aufgestellten gegen halten. Nach dem Motto: „Jetzt erst recht, dann sollen sie mal, unsere Recherche stimmt“. Nein, die kleine taz sagt dann „Ja, jetzt erst recht und schauen wir mal“. Übrigens ist nie gegen den Text vorgegangen wurden. Nach der Drohung folge nichts, der Text ist heute noch online. Auf Grund dieser Erfahrungen sind wir da ein bisschen anders in der Mentalität aufgestellt, weil wir das ganz oft erlebt haben. Aber ich merke auch, dass da Kolleginnen und Kollegen schon ein bisschen

zurückschrecken. Das ist dann natürlich ein Effekt, der gewünscht ist, und das ist auch eine Form von Beeinflussung der Medien.

ECPMF: Auch kommend von der gerade erörterten Unterscheidung zwischen Fachjournalisten und zum Teil auch Lokaljournalisten, und Journalisten generell, die jetzt nicht jeden Tag damit befasst sind. Sehen Sie, dass da verschiedene Strategien gefahren werden von der organisierten Rechten? Werden die einen da anders bedroht als die anderen?

ANDREAS SPEIT: Ich glaube, das ist schwer zu beantworten. Es kommt immer auf die Interessenslage derjenigen jetzt an, was sie gerade möchten. Wollen sie einen Bericht oder wollen sie keinen Bericht? Setzen sie alleine auf die Inszenierung in ihren eigenen sozialen Medien, wo mittlerweile die Bespielung ihres Klientels wesentlich zentraler geworden ist, oder wollen sie in den „normalen Medien“ auftauchen? Festzustellen ist allerdings, dass Kolleginnen und Kollegen angegangen werden, wo ihre Texte Konsequenzen hatten, sei es im nahen Umfeld der Menschen, dass man sie dann kritisch beobachtet: „Sage mal warst du wirklich bei diesem Aufmarsch, denkst du das wirklich, hast du das gepostet“, oder dass es berufliche Konsequenzen hatte. Da ist natürlich die Form der Anfeindung dann eine andere. Weil es nicht nur ein Bericht war, sondern ein Bericht der Folgen hatte. Und jenen Kolleginnen und Kollegen, die kontinuierlich berichten und dies öfters Folgen hat, werden dann anders wahrgenommen. Die Szene merkt sich das und die Bedrohung steigt – auch subtil. Diese subtilen Bedrohungsformen kenne ich zur Genüge, da ist man irgendwo vor Ort und dann kommt einer von hinten und sagt „Ach, du Arsch, du bist dran“, oder „wir haben eine Akte über dich, wir wissen alles“. Und dann dreht man sich um, erkennt die Person und weiß, ah ja, da hat er unter anderem Ärger bei seiner Firma bekommen, weil wir berichtet hatten. Wir haben da sehr früh gemerkt, fast bei allen Parteien, die sich rechts von der Union bewegt haben, dass die dann auch sehr schnell angefangen haben den Personen, die sie als Experten wahrgenommen haben, die Arbeit zu erschweren.

ECPMF: Durch Ausschlüsse zum Beispiel von Parteitag?

ANDREAS SPEIT: Durch Ausschlüsse von Parteitag, oder dass Presseanfragen gar nicht beantwortet werden. In dem Spektrum wird sich lautstark beschwert, dass wir nicht mit ihnen reden würden, aber dass Anfragen zu Rechercheergebnissen mit Bitten um Stellungnahme, was zur journalistischen Sorgfaltspflicht gehört, unbeantwortet bleiben, wird beflissen verschwiegen. Wir erleben zudem, dass gerade Journalistinnen noch massiv angegangen werden, meist mit sexualisierten Anfeindungen. Publizistinnen aus dem antifeministischen Bereich, werden in den sozialen Netzwerken strategisch angegangen, um sie wirklich zu

zerstören.

ECPMF: Wie läuft so eine Mobilisierung? Meinen Sie, das läuft gesteuert durch einen bestimmten Kreis? Das sind ja dann keine Trolle mehr, wenn ich Sie richtig verstehe, sondern das ist ja ein organisierter Teil? Oder wird das zum Selbstläufer?

ANDREAS SPEIT: Beides ist zu beobachten: einerseits erleben wir, dass sich etwas einfach aufschaukelt und alle sich draufsetzen, aus sich selbst heraus, und andererseits sehen wir das organisiert vorgegangen wird, um Person zu verunsichern, oder Diskurse zu beeinflussen. In der Szene kursieren hierfür auch Strategiebücher, wie da vorgegangen werden sollte. Wenn man da dauerhaft im Netz angegangen wird, ist das schwer auszuhalten. Und ich muss zugeben, ich habe deswegen auch überhaupt gar keinen privaten Facebook Account. Mir genügt es schon, wenn ich diese Wellen bei taz-Texten miterleben darf, die in der Kommentar-Spalte mit Hass und Hetze geflutet werden. Ich weiß schon gar nicht mehr, wann das war, als eine Redakteurin sich meldete und sagte, dass sie es nicht mehr gebremst bekommen. Und ich muss zugeben, ich habe schon am nächsten Text gesessen und habe das gar nicht gemerkt, dass sie ständig am Löschen von Hasskommentaren waren.

ECPMF: Beeinflusst Sie das in irgendeiner Art und Weise?

ANDREAS SPEIT: Nein, ich versuche all die Anfeindungen von mir fernzuhalten. Ich weiß ja, über wen ich schreibe, und ich weiß, dass deren Ideologie menschenverachtend ist. Und ich weiß, was ihre Strategie und ihre Ziele sind. Und natürlich haben wir schon vor etlichen Jahren Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Wir wissen, dass wir in der Szene nicht beliebt sind, dass wir mit jedem Beitrag weiter angefeindet werden – und wir wissen auch, dass dieses Milieu im schlimmsten Fall schießt.

ECPMF: Es gab ja am 23.11.2019 die NPD-Demo in Hannover, die sich direkt gegen drei Journalisten richtete. Was glauben Sie, was war das Ziel von den Anmeldern dieser Demo?

ANDREAS SPEIT: Die Rechtsextremen wollten in dem Fall den Kollegen, der für den NDR regelmäßig berichtet, unter Druck setzen, da er ein Thema angeschnitten hat, das sie trifft. Was ich auch kenne. Er hatte kritisch über einen ihrer Zeitzeugen aus dem Nationalsozialismus – in dem Fall einen Kriegsverbrecher – berichtet, das ficht sie sehr an. Denn das sind ihre Leute, ihre Helden. Und das hat sie getroffen. Mit dem Aufmarsch wollten sie zudem versuchen die Stimmung gegen öffentlich-rechtliche Medien für sich zu nutzen. Also auf diesem Level: „Wer will denn schon gerne GEZ-Gebühren bezahlen für den Scheiß, den wir da kriegen“ und „jetzt machen die noch Oma und Opa schlecht.“ Was sie

unterschätzt haben, war jedoch die unglaublich breite Solidarität. Ich bin ja im zweiten Aufruf namentlich erwähnt worden. In Hannover war mir diese unglaubliche Zulauf irgendwie ein wenig unangenehm, so viele Menschen waren für uns auf die Straße gegangen. Ich denke, dieses Zusammenstehen hatte die rechte Szene unterschätzt. Und auch die damit einhergehend große Diskussion über Medien und über den Rechtsextremismus.

ECPMF: Eine Annahme war, dass die NPD, die ja nun auch relativ marginalisiert scheint durch die AfD, auch versucht damit wieder Öffentlichkeit für sich herzustellen. Sowohl nach außen nochmal drauf aufmerksam zu machen, ja, wir sind noch da. Aber auch ihren direkten Anhängern zu zeigen, ja, wir können noch was bewirken. Was halten Sie von der These?

ANDREAS SPEIT: Diese Annahme könnte als drittes Element mit bedacht werden. Die NPD sollte aber nicht ganz so aus dem journalistischen Blick geraten. Die Partei stand in ihrer 40-jährigen Geschichte immer wieder schlecht dar: kaum Mitglieder, kaum Mandate und kaum Geld. Sie ist aber bis heute die größte rechtsextreme Partei in der Bundesrepublik. Sie hat auch noch mehrere kommunale Mandate. Da sieht es auch nicht so aus, dass sie die verlieren werden. Mit dieser Aufmarsch und auch anderen Aktionen will sie natürlich Aktionismus ausstrahlen und mediale Echos hervorrufen, um die Kräfte zu behalten, beziehungsweise neu an sich zu binden. In Ihrer Geschichte hat sie sich – wenn auch in langen Zeitphasen – oft geschafft breiter aufzustellen. Ob ihr das mit der Konkurrenz der AfD wieder gelingt, gilt zu verfolgen.

ECPMF: Um bei der NPD bleiben: Da gibt es ja die Personalie Thorsten Heise. Der taucht in verschiedenen pressefeindlichen Zusammenhängen immer wieder auf. Glauben Sie, dass es da Köpfe in der Szene gibt, welche die Pressefeindlichkeit mehr vorantreiben als andere?

ANDREAS SPEIT: Nein, also ich glaube man ging schon immer in der Szene davon aus, dass die Presse lügt. Der Begriff „Lügenpresse“ ist nicht ganz so neu. Und früher hieß es dann „Systempresse“. Ich habe eher das Gefühl, dass das ein Dauerthema ist, was immer kommuniziert wird. Und ob sich das dann Damm bricht, hängt dann von der politischen Situation ab. Also nehmen wir nochmal diesen Fall in Hannover. Es hat sie wirklich getroffen, dass einer ihrer Helden vor laufender Kamera nicht so rüber kommt, wie sie es sich wünschen, und entlarvt war. Da scheint diese Hasswelle gegen „die Presse“ in den Köpfen sich weiter angeheizt zu haben. Bis zu der Idee – jetzt machen wir eine Demo gegen den Kollegen. Da hatte man beides. Thorsten Heise ist meines Erachtens eine nicht zu unterschätzende Persönlichkeit des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Er ist einer der führenden Personen im Rechtsrock-Milieu und der NPD. Und er wird zudem seit Jahrzehnten im gesamten militanteren Spektrum geschätzt. Er hat beste Beziehungen zu

dem Umfeld des internationalen Netzwerks von Blood-and-Honour. Es hat ja nicht ohne Grund auch in der Nähe seines Hauses einen Angriff auf Journalisten gegeben, wo offensichtlich auch Familienmitglieder beteiligt gewesen sind.

ECPMF: Ja, der Sohn, wenn ich das richtig parat habe?

ANDREAS SPEIT: Ja.

ECPMF: Das ist auch einer der Angriffe in unserer Erfassung, der am heftigsten eskaliert ist. Das war ein massiver Angriff.

ANDREAS SPEIT: umso unglaublicher, dass die Ermittlungen sich hinzogen. Der Angriff ist ja größtenteils dokumentiert.

ECPMF: Ja, da werden wir auch nochmal ein Licht drauf werfen, auf den aktuellen Stand in diesem Verfahren auch. Sie haben es zwar vorhin schon immer wieder anklingen lassen, aber sehen Sie insgesamt eine Strategieänderung bei der extremen Rechten? Da möchte ich noch auf ein Thema kommen, das jetzt häufiger auch in der Öffentlichkeit auftaucht: das Doxing und Morddrohungen. Sehen Sie da eine Zunahme dieser Morddrohungen und von diesen als Doxing beschriebenen Einschüchterungen? Oder ist da jetzt eine andere Wahrnehmung da?

ANDREAS SPEIT: Die sozialen Medien haben definitiv die Anfeindungen verstärkt, die im Real Live schon da waren. Die Hetze ist schneller geschrieben und schneller sichtbar. Und sie kann zu Nachahmern führen, bzw. als Kampagne gestartet werden. Der klassische Hetz-Leserbrief verpufft da schon beinahe in seiner Wirkungsmöglichkeit. Mit dem Netz erleben wir eine Steigerung, die mit einer verbalen Enthemmung einhergeht. Diesen Worten folgen Taten. Dieses Zusammenspiel erzeugt ja auch eine Ungewissheit, dass bei Aufmärschen die Stimmung gegen „die Presse“ so angeheizt ist, dass ein Übergriff auf uns Journalistinnen und Journalisten möglich erscheint. Trotz Polizei kann wer aus dem Aufmarsch los laufen und zuschlagen.

ECPMF: Unsere These ist ja auch, dass mit dem Entstehen von Pegida und dem gewachsenen Zulauf zur AfD der Begriff von der „Lügenpresse“ immer mehr in die Öffentlichkeit getragen wurde, sowohl im Netz also auch auf den Versammlungen. Und so, das ist auch ein schwieriger Begriff, in eine zu definierende bürgerliche Mitte getragen wurde. „Lügenpresse“ bildet also einen Scharnierbegriff. Würden Sie diese Annahme teilen?

ANDREAS SPEIT: Ja, ich teile diese Annahme. Ich bin bei Veranstaltungen, wo wir unsere Bücher vorstellen, dann doch ein bisschen überrascht – was vielleicht das falsche Wort ist –

das viele Menschen gekommen sind, die in der Diskussion spätestens offenbaren, dass sie weit rechte Literatur gelesen haben und eine Verschwörungstheorie nach der nächsten präsentieren. Bitte nicht falsch verstehen: diese Gäste sollen kommen, wir müssen uns mit ihnen streiten. Mit Ideologie-Produzenten und Szene-Managern nicht, die wollen keinen offenen Dialog. Eine Diskussion mit rechten Gästen, ist indes auch für das indifferente Publikum geboten. Ernüchternd kann aber sein, dass Fakten fehlen und eine Fake News nach der nächsten angeführt wird. Man merkt dann, man erreicht die Leute nicht. Selbst wenn sie gekommen sind, um nicht zu stören, sondern um mit einem kritisch zu diskutieren, erlebt man wirklich das Phänomen von Parallelwelten. Und das hat enorm zugenommen. Man sieht es ja auch an dem Zuspruch an diesen Medien und an diesen Publikationen. Es ist ernüchternd zu sehen, dass Verschwörungspublikationen auf Bestseller-Listen landen. In diesem Spektrum erlebe ich wirklich, dass die in ihren eigenen Echoblasen leben. Keine Fragen, das tun wir alle, doch hier wird diese Blase nicht reflektiert: Man bestärkt sich gegenseitig in den falschen Wahrnehmungen. Und das ist auch ein Teil der Radikalisierung.

ECPMF: Bis 2014 gab es ja vereinzelt auch immer wieder Übergriffe, vor allen Dingen gegen Fachjournalisten, Lokaljournalisten, und auch zum Beispiel diese Sprüherei an die Lausitzer Rundschau, das war 2012. Wo auch schon „Lügenpresse“ als Begriff auftauchte. Aber dann ist der Begriff in eine viel breitere Masse getragen worden. Dann hieß es ja immer, also im Zusammenhang eben mit dieser sich verbreiternden Masse, es sei der „besorgte Bürger“, der da irgendwie zu Tage tritt. Was halten Sie erst mal von dem Begriff? Und von einer Unterscheidung zwischen besorgten Bürgern und Rechtsextremen? Also auch im Hinblick auf Pressefeindlichkeit vor allem.

ANDREAS SPEIT: Dieser Begriff des „besorgten Bürger“ hat längst eine Wandlung erlebt. Ich finde ihn völlig berechtigt, um zu sagen nicht alle Menschen, die die AfD wählen, sind weit rechts. Nicht alle Menschen, die bei Pegida mitgelaufen sind, haben ein rechtspopulistisches oder rechtsextremes Weltbild. Da fand ich den Begriff in dem Sinn dienlich, um eine Grenze zu ziehen. Es wurde nur schwierig, wenn belegt werden konnte, dass das Personal, die da gesehen werden wollten, ganz schön wenig waren. Sondern sehr wohl andere Ressentiments mehr und mehr auffielen, Studien es belegten und man dann immer noch daran festhielt, dass dort keine Menschen mit breiten rechten Positionen sich beteiligen würden. Das fand ich an der Stelle dann langsam problematisch bis relativierend. Und ich denke auch, dass ein wenig ausgeblendet wird, dass eben diese besorgten Bürger auch zu Tatbürgern geworden sind. Das heißt, dass sie drohen und auch zuschlugen. Nur ein Beispiel: im Raum Hamburg hat ein ehemaliger Steuerbeamter sich wegen ein paar Geflüchteten tatsächlich so in Rage gebracht mit seinen Anwohnern und Nachbarn, dass er

einen Brandsatz in die geplante Unterkunft warf. Ein völlig normaler Mann aus der Mitte der Gesellschaft, Wutbürger hat man ihn wahrscheinlich genannt, und man kann jetzt wirklich sagen, ja, er ist zum Tatbürger geworden. Bei der Anfeindung der Presse habe ich da keinen großen Unterschied erlebt, um es deutlich zu sagen. Vielleicht an der Wortwahl, vielleicht dass nicht so aggressiv gebrüllt wird. Aber an der Ablehnung, wenn ich mich an die Demonstration in Dresden erinnere, wo ich dabei war, oder wo mir dann doch auch letztlich mulmig wurde, beim Weihnachtslied der Pegida. Das war eine der größten Aktionen, die sie gehabt haben, und man steht da mitten drin und dann gucken einen die Leute komisch an, weil man nicht sächselt. Und dann denkt man schon: Gut, dass ich kein Presseschild um den Hals habe. Und das ist auch Ausdruck von etwas.

ECPMF: Ich frage auch deswegen, weil verschiedene Journalisten bei der letzten Studie 2018 gesagt haben, dass es das für sie nochmal erschwert hat, zu identifizieren wo potenziell eine Gefahr ist, insbesondere auf Versammlungen. Das waren eher Kollegen, die eben keine Fachjournalisten sind, sondern beispielsweise vom NDR. Weil das Äußere nicht mehr so lesbar ist, wenn eine Frau, die aussieht wie die eigene Nachbarin, da aggressiv wird.

ANDREAS SPEIT: Das kann ich gut nachvollziehen. Das ist jetzt nur auf mich bezogen: Ich gehe da schon immer mit der Erwartung hin, dass da was passieren könnte. Es ist nicht so, dass ich denke, da gehen wir mal einfach vorbei und gucken uns das an und dann gehen wir noch in die Redaktion oder nach Hause. Sondern da wird schon überlegt: Wie reist man an, wie kommt man dort sicher hin, wie kommt man sicher zurück. Da gibt es mehrere Methoden, die macht man natürlich nicht öffentlich, weil sie dann keinen Sinn mehr haben. Das machen wir schon seit etlichen Jahren, weil wir eben auch nie dieses Bild hatten von dem NPDler oder Kameradschaftler, Hass verzerrt mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln. Diese Klischeevorstellung hatten wir nie alleine von der rechten Szene. Und darum war das Design und der Outlook nicht immer das Zeichen wer ist jetzt der Aggressivste ist, wer als erstes zuschlagen könnte.

ECPMF: Wieso gibt es in Sachsen so überproportional viele Anfeindungen gegen Journalisten?

ANDREAS SPEIT: Ich befürchte, dass wir in Sachsen seit etlichen Jahren eine Situation haben, die eben den Rechts-Trend beflügelt hat. Das beginnt damit, dass man lange das Thema nicht wahrhaben wollte. Kurt Biedenkopfs Zitat dazu ist ja legendär mittlerweile. Und das spiegelt aber genau die Sichtweise wider. Bis heute hat man den Eindruck, dass in der Politik das Thema Rechtsextremismus nicht so gerne thematisiert wird. Und gleichzeitig aber

eine Kultur hat, wo alternative Lebensformen dann beispielsweise doch eher kritisch beäugt werden. Und das auch in der Mitte der Gesellschaft. Diese Kombination ist mit einer der Gründe warum wir eben erleben, dass dort rechts alltäglicher ist. Diese Stimmung drückt sich natürlich im Umgang mit der Presse aus. Und man merkt eben auch, dass da nicht gerade sehr engagiert gegen rechts vorgegangen wird, um es vorsichtig zu sagen. Und auch nicht kreativ. Ich nenne einfach mal ein positives Beispiel: Ein Rechtsrockkonzert hat einfach mal nicht stattgefunden, ich nenne jetzt nicht die Gemeinde und auch nicht den Ort, aber die Verwaltung hatte eine gute Idee gehabt. Sie haben dem Konzert Auflagen erteilt, unter anderem so und so viele Toiletten, weil der Anmelder meinte, so und so viele Leute kommen. Denkt man „alles kein Problem für den Veranstalter“, aber keiner hat ihnen die Toiletten vermietet, das Konzert ist ausgefallen. Das geht auch.

ECPMF: Ich wollte nochmal ein Phänomen aufgreifen, das im letzten Jahr viel in den Medien war. Das waren diese Feindeslisten, die manche auch „Todeslisten“ genannt haben. Wie schätzen Sie das ein? Das ist ja letztendlich auch etwas, das schon länger existiert. Aber geht davon nun eine andere Gefahr aus? Oder hat das dadurch, dass Walter Lübcke ermordet wurde, auch nochmal ein anderes Bedrohungspotenzial entwickelt? Was denken Sie dazu?

ANDREAS SPEIT: Ganz groß gesprochen: Historisch gesehen hat es diese Listen immer gegeben. Schon beim Freikorps usw. Die hatten die Leute auch bereits auf Listen, die sie als erstes umbringen wollten, wenn sie die Möglichkeit hatten, was ja auch geschah. Ich glaube, das ist den meisten Journalistinnen und Journalisten auch bewusst. Jetzt ganz pauschal gesagt: die jeweiligen Listen einzuordnen, ist unglaublich schwierig. Schlicht und einfach, weil ich nicht alle kenne. Ich bin bis heute auch noch nie informiert worden, ob ich auf einer Liste stehe, bei einer weiß ich es. Bis heute ist umstritten, ob die Sicherheitsorgane alle aufgelisteten Personen informieren sollen oder nicht. Ich würde diese Listen trotzdem niemals völlig als kleine Sammelwut herunterspielen. Weil oftmals ist es ja dann eben doch die Kombination, dass bei einzelnen Gruppen, wo es Listen gibt, auch Waffen gibt und Pläne für den „Tag X“. Das kann man nicht so vom Tisch wischen und so tun „ja kommt, die sammeln da nur Adressen“ usw. Weil darüber natürlich auch die Frage aufgemacht wird: Wie werden diese Adressen gesammelt? Wie werden diese Adressen ermittelt? Das haben wir uns auch immer bei dem NSU-Verfahren gefragt. Ich durfte ja fünf Jahre darüber berichten. Mir ist auch bewusst, dass ein Prozess die Anklage verhandelt, aber die Untersuchungsausschüsse hätten spätestens mehr Aufklärung erzwingen müssen, warum welche Menschen Opfer geworden sind. Wer hat da vielleicht Tipps gegeben, wer die Hinweise? Diese Listen sind auch immer eine Form von Netzwerken. Und da ist es natürlich

interessant zu wissen, wie funktionieren diese Netzwerke? Ich muss zugeben, ich war ein bisschen erschüttert, und ich glaube, ich war da nicht der einzige, als der Hintergrund der Ermordung von Walter Lübcke bekannt wurde, und dann von einer neuen Qualität gesprochen worden ist. Das auch führenden Politikerinnen und Politikern so sprachen machte mich ein bisschen fassungslos. Der rechte Terror ist längst allgegenwärtig, Menschen leben damit, Menschen ziehen sich zurück. Sie überlegen wann sie wo einkaufen gehen. Und jetzt muss man es ganz böse sagen, wenn ihr erst jetzt wach werdet, wenn ein Politiker erschossen worden ist, dann ist da einiges nicht wahrgenommen worden. Ich fand das auch erschütternd, weil man damit eigentlich auch die anderen Opfer abgewertet hat. Ja, jetzt ist der Angriff auf den Staat. Und gerade das sollte ja eine der Lehren des NSU sein. Es drückt auch aus, was einzelne Nebenkläger auch bemängelten. Offensichtlich hat es eine Zielgruppe getroffen, die keine gesellschaftliche Lobby hat, die angeblich nicht zum Staat gehörten.

ECPMF: Jetzt gibt es einige Initiativen und Gegenmaßnahmen auch von staatlicher Seite. Was halten Sie denn von der Abschreckungswirkung zum Beispiel von dem Hatespeech-Gesetz, das Christine Lamprecht jetzt vorgestellt hat, durchgesetzt ist es ja noch nicht? Das jetzt zum Beispiel Facebook und Twitter usw, direkt an das BKA melden sollen, wenn dort Hatespeech kursiert, um mal eine Maßnahme zu nehmen.

ANDREAS SPEIT: Das Gesetz ist schwierig, das Gesetz ist aber auch wichtig, um ein gesellschaftliches Zeichen zu setzen, bis hier hin und nicht weiter. Unabhängig davon, was dann bei dem Verfahren erst mal herauskommt. Im schlimmsten Fall kann natürlich aber auch passieren, dass ein Gericht feststellt, das die Hetze im Rahmen der Meinungsfreiheit gedeckt ist, das haben wir im Fall Künast anfänglich erleben können. Das befeuert dann natürlich dieses Milieu sich weiter radikal zu positionieren und das weiter zu posten. Aber tatsächlich halte ich diese Form von Repression in dem Punkt zentral, dass ein Staat sagt: „Bis hier hin und nicht weiter“. Ich glaube aber, dass dieses Phänomen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus nicht mit Repression, sondern im zivilgesellschaftlichen Kontext entkräftet werden kann. Eigentlich nur dort, im alltäglichen Widerspruch. Jeder wie er/sie es schafft und wie sie/er möchte. Und ich kann auch gut verstehen, wenn man sagt nein, ich möchte jetzt hier bei der Party bei Oma und Opa nicht schon wieder die Spaßbremse sein, weil ich sage „Mensch, diesen antisemitischen Witz finde ich gar nicht lustig“. Es beginnt und hört jedoch nicht auf mit dem, was staatlich von oben reguliert wird.

ECPMF: Nochmal herunter gebrochen auf die Arbeitsbedingungen von Journalisten: Da haben Sie ja in verschiedenen Beiträgen nochmal eine unbürokratischere Zuteilung von Auskunftssperren eingefordert. Was erhoffen Sie sich davon und wo sind da die Probleme?

ANDREAS SPEIT: Ich halte es wirklich für dringend geboten, dass man viel einfacher bei Personengruppen, die aus beruflichen Gründen oder privaten Gründen von rechts angefeindet werden, wo es absehbar und erwartbar ist, dass man sehr unbürokratisch auch eine Auskunftssperre einrichten könnte. Auf kommunaler Ebene beispielsweise ist es leider bisher so, dass wenn man dort ein Amt übernimmt man sich ja mit der Privatadresse präsentieren muss. Das ist, glaube ich, auch für Laienrichter so. Da würde ich denken, das könnte man einfacher handhaben, damit sie nicht gleich bedroht werden können. Da glaube ich, besteht wirklich Handlungsbedarf, als reiner Schutz schlicht und einfach.

ECPMF: Wir lautet denn die Argumentation der Kommunen oder derjenigen, also der Ämter, die das dann verweigern?

ANDREAS SPEIT: Bisher war es so, dass es rechtlich nicht so einfach ist, dass man das genau begründen muss. Die Rechtslage würde dem widersprechen. Da gibt es aber auch schon aus der Politik die Forderung, dass man das ändern müsste. Also gerade nach den Anfeindungen und den ersten Rücktritten von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die ja nun seit Jahren mittlerweile laufen. Wir reden von Walter Lübcke, aber wir hatten auch in den letzten zwei Jahren direkte körperliche Angriffe auf eine Bürgermeisterin und einen Bürgermeister. Wo man wieder sieht, wie angeheizt die Stimmung eigentlich ist.

ECPMF: Und jetzt möchte ich Sie um eine generellere Einschätzung bitten. Wie bewerten Sie das Agieren der Polizei, was den Schutz von Journalisten angeht? Natürlich insgesamt erst mal auf Versammlungen und Demonstrationen, aber auch im Zusammenhang mit Bedrohungen, Morddrohungen, eben diesen Feindeslisten.

ANDREAS SPEIT: Das ist wirklich schwer zu beantworten, weil ich im Laufe der Jahre Unterschiedlichstes erlebt habe. Ich habe erlebt, dass Polizeikräfte sehr engagiert die Pressearbeit unterstützen bei Aufmärschen, sie die Berichterstattung möglich machen. Ich habe aber auch erleben können, dass sich bemüht wird, die Pressearbeit massiv zu beeinträchtigen. Ich habe einen Fall noch im Kopf, da war eine rechte Feier in einem Zentrum so weit abgesperrt, dass man gar nichts sehen und verfolgen konnte. Mit Druck hatten wir bei dem Polizeipressesprecher dann durchgesetzt, dass wir zum Ort des Geschehens näher heran durften. Und was passiert? Die Polizei zog sich zurück. Und dann stehen Sie auf einmal vor einer Gruppe militanter angetrunkenen Rechtsextremer. Das war natürlich eine „sehr elegante Lösung“, das war die Quittung, die Einheit war sauer, dass wir es geschafft haben durchzukommen. Dann sind sie einfach gegangen. Das ist natürlich nicht so schön. Und wir erleben ganz oft, dass man als weiterer Störfaktor einer Kundgebung wahrgenommen wird. „Um die muss man sich jetzt auch noch kümmern“, „ja, wir haben die

Gegendemonstranten, wir haben die Presse, die läuft auch noch hin und her, und dann haben wir noch die Rechten. Und die Rechten sind die ruhigsten.“ Und das ist so manches Mal dann die Logik, wie dann miteinander umgegangen wird.

ECPMF: Jetzt wollte ich abschließend Ihre Einschätzung erfragen, welchen Effekt diese Einschüchterungen auf die Arbeit der Journalisten haben? Auch von Ihrem eigenen Erleben ausgehend, Sie haben das ja vorhin schon kurz angerissen...

ANDREAS SPEIT: Wir sollen nicht da herum reden: die Arbeit wird beeinträchtigt, bzw. mit der Beeinträchtigung muss gerechnet/umgegangen werden. Entweder in der ganz konkreten Form, dass man irgendwie in eine Bedrohungssituation tritt, auf der Straße bei den Recherchen, oder bei Veranstaltungen. Gleichzeitig erlebe ich, dass diese juristischen Druckentwicklungen, die dort versucht werden, Folgen haben. Das eben Berichte nicht stattfinden. Und das finde ich wirklich einen eklatanten Erfolg dieser Szene, dass sie merken, der Druck lohnt sich. Und das bestärkt sie natürlich und ermutigt sie noch mehr, dass sie den Druck auf dieser Ebene mit erhöhen können. Ich habe ja ein Beispiel genannt, wo wir wirklich dann alleine berichtet hatten. Wir erfuhren dann, das Schreiben, was wir als taz bekommen hatten, ging an viele süddeutschen Redaktionen. Es hat keiner damals die Geschichte aufgegriffen. Wir haben sie dann übrigens ein halbes Jahr später mit einem Öffentlich-Rechtlichen neu erzählt, weil wir neue Fakten dann gefunden hatten. Dann haben die aber auch daraus gelernt und haben gesagt okay, dieses Mal lassen wir uns nicht einschüchtern. So haben sie es nicht gesagt, aber es war eigentlich so ein bisschen als wenn es ihnen peinlich wäre, dass sie damals eingeknickt sind.

ECPMF: Was wären so aus Ihrer Sicht die wichtigsten und effektivsten Gegenmaßnahmen?

ANDREAS SPEIT: Ich würde mich eher andersrum nähern. Ich würde mir eher wünschen, dass wir uns bewusster werden, wie dringend notwendig Hintergrundrecherchen sind, um diese Netzwerke und Strukturen zu erkennen und das dafür auch das Potenzial frei gemacht wird. Sowohl ökonomisch als auch zeitlich und dann in der Präsentation. Weil ich doch manches Mal das Gefühl habe, man ist immer so überrascht. Dann stellt man aber fest: Mensch das und das geht doch schon zusammen, dort und dort bewegt sich das. Ich glaube auch, dass durch das Öffentlich-Machen letztlich doch immer auch mehr Schutz entsteht. In dem man aufzeigt, wie dort wer agiert. Wir haben das ja jetzt ganz erfreulich sehen können, auf der Ebene von Solidarität, gerade mit der Demonstration in Hannover. Es hat ja nicht geklappt. Auch wenn die natürlich nicht erfreut waren und man natürlich weiß, dass sie einen einschüchtern wollen, berührt einen das natürlich auch. Aber da hat man ja wirklich gesehen, dass diese breite Solidarität einfach auch gestärkt hat. Rechtlich betrachtet würde ich mir

tatsächlich die Vereinfachung der Auskunftssperre wünschen, und auch eine Sensibilität innerhalb der Sicherheitsstrukturen.

ECPMF: Herr Speit, haben Sie vielen Dank.